



SCHLESWIG-HOLSTEIN

LANDESJOURNAL

LANDESPOLIZEI

Flüchtlingsdrama: Beeindruckendes Engagement der Landespolizei

Börner: Unterstützung für die Verwaltung kann nur vorübergehend sein

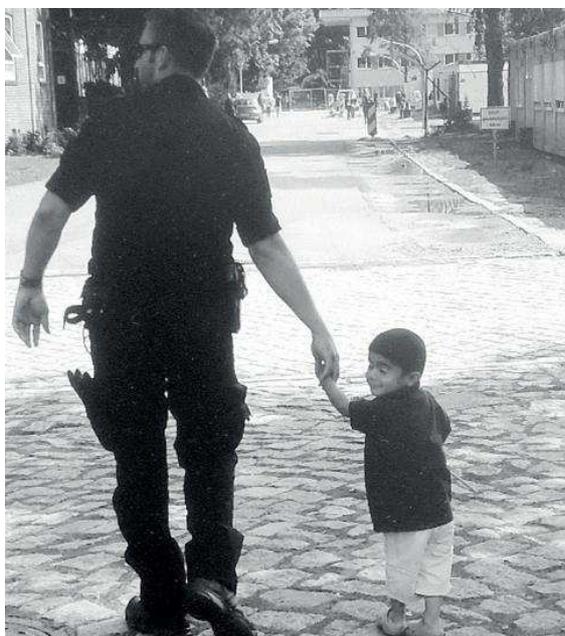
Kiel/tgr – Mit Verständnis, aber auch mahnenden Worten und Kritik hat der GdP-Landesvorsitzende Manfred Börner auf die aktuelle Unterstützung der Landespolizei für die Verwaltung bei der Bewältigung der Flüchtlings- und Asylbewerbersituation reagiert. „In dieser außergewöhnlichen Situation sind alle Ressourcen zu nutzen. Das Verständnis, dass geholfen werden muss, ist in der Landespolizei vorhanden“, so Börner. Der GdP-Landeschef attestierte der Landespolizei ein beeindruckendes Engagement. Die Polizei, ob Vollzugs-, Verwaltungsbeamte oder Tarifbeschäftigte, beweist abermals, dass man sich jederzeit auf sie verlassen kann. „Aber der Personalkörper ist auf Kante genäht. Deshalb kann diese Unterstützung nicht auf Dauer angelegt sein, zu groß sind die originären Aufgaben der Polizei“, ergänzte Manfred Börner. Gegenüber der Presse wies der GdP-Landesvorsitzende gleichermaßen nachdrücklich wie besorgt auf die besondere Personal- und Belastungssituation der Landespolizei hin, nachdem Innenminister Stefan Studt im Innen- und Rechtsausschuss zu den neuen Aufgaben im Zusammenhang mit der Asyl- und Flüchtlingsentwicklung Rede und Antwort gestanden hatte.

Der Aufgabenzettel der Polizei sei schon vorher lang gewesen: Steigende Einbruchszahlen, schlechte Aufklärungsquote und steigende Zahlen von Verkehrsunfällen. Geschlossene Einsätze in Schleswig-Holstein und anderen Bundesländern kämen hinzu. Die Aufzählung ließe sich fortsetzen, unterstrich Börner. „Seit Jahren kritisiert die GdP nachvollziehbar die zu kurze Personaldecke in der Landespolizei“, rief Börner in Erinnerung. Während der von den Regierungsfractionen beschlossene Personalabbau noch im Raum stehe und gleichzeitig nicht besetzte Stellen der strategischen Lücke

unbesetzt bleiben sollen, kämen immer neue Aufgaben für die Landespolizei hinzu. „Jetzt rächt sich die Einstellungspolitik der Vorjahre. Die Polizei hat keine Reservebank, von der zusätzliches Personal einfach abgerufen werden kann. Zusätzliche Aufgaben reißen Löcher an anderen Stellen“, so der GdP-Vorsitzende. Vor diesem Hintergrund sei die Aussage des Vize-Landespolizeidirektors Joachim Gutt, dass die Sicherheit der Flüchtlinge und der Bevölkerung angesichts dieser

Situation sichergestellt werde, schon sehr „mutig“, auch wenn es an der Bereitschaft der Kolleginnen und Kollegen nie gemangelt habe und niemals mangeln werde, so Manfred Börner weiter. Das lasse der Berufsethos der Kolleginnen und Kollegen schon nicht zu. Es sei immer wieder bemerkenswert, mit welcher großer Motivation diese trotz außergewöhnlicher Aufgabenvielfalt und -fülle bei schwierigen und unbefriedigenden Rahmenbedingungen noch immer ihren Dienst wahrnehmen. Und Börner weiter: Die GdP habe nicht vor, „auf dem Rücken der Flüchtlinge“ Personalforderungen für die Landespolizei zu stellen.

„Dennoch erwarten wir spätestens jetzt, dass den politisch Verantwortlichen endlich ein Licht aufgeht und be-



Vertrauen: Hand in Hand mit einem Polizisten schlendert ein Flüchtlingskind über das Gelände der Erstaufnahmeeinrichtung in Neumünster.

reits im kommenden Jahr deutlich mehr Polizisten als geplant eingestellt werden“, so der Landesvorsitzende. Dabei verwies Börner an den Wortlaut des vor den Sommerferien gefassten Landesbeschlusses, wonach zusätzliche Aufgaben für die Landespolizei nur mit mehr Personal zu leisten seien. Dieser Beschluss ermögliche dem Innenminister nun endlich, über die „normale“ Ersatzplanung hinaus mehr Beschäftigte bei der Polizei einzustellen. Der Innenminister darf an dieser Stelle weder zaudern noch zögern.

Leider würden die Polizeibeschäftigten auch nicht den verdienten Lohn ihres besonderen Engagements erhalten. Vielmehr sei sogar die im

Fortsetzung auf Seite 2



1
2
3
4 15 mm
5
6
7
8
9 33 mm
10
11
12
13
14 51 mm
15
16
17
18
19 69 mm
20
21
22
23
24 88 mm
25
26
27
28
29 106 mm
30
31
32
33
34 124 mm
35
36
37
38
39 142 mm
40
41
42
43
44 160 mm
45
46
47
48
49 179 mm
50
51
52
53
54 197 mm
55
56
57
58
59 215 mm
60
61
62
63
64 233 mm
65
66
67
68
69 251 mm

Fortsetzung von Seite 1

Ländervergleich längste Wochenarbeitszeit der Beamten bereits erhöht und die Lebensarbeitszeit heraufgesetzt worden, was jedoch zudem nicht dazu geführt habe, die personellen Notlagen ansatzweise auszugleichen.

Unterstützung für die gewerkschaftlichen Forderungen erhielt der GdP-Vorsitzende von Dr. Axel Bernstein, dem Innenpolitischen Sprecher der CDU-Landtagsfraktion. „Es ist völlig klar, dass auf unsere Polizei durch die steigenden Flüchtlingszahlen auf Jahre hinaus zusätzliche Aufgaben zu kommen – an erster Stelle durch die Betreuung der zentralen Aufnahmeeinrichtungen“, zeigte sich Bernstein realistisch. Auch er erinnerte die Regierung von SPD, Grünen und SSW an ihre Zusage, für zusätzliche

Aufgaben auch zusätzliches Personal zur Verfügung zu stellen. Nun werde in großer Zahl zusätzliches Personal für die Betreuung der Flüchtlinge benötigt, jedoch ganz offensichtlich aus dem normalen Polizeidienst abgezogen, so der CDU-Politiker, der gleichzeitig kritisierte, dass sogar am beschlossenen Abbau der Polizeistellen festgehalten werde. „Der Abbau ist verantwortungslos und muss vom Tisch. Angesichts der Zahl der für die Flüchtlingsbetreuung benötigten Beamten und der absehbaren Dauer dieser Aufgabe ist völlig klar, dass dies massive Auswirkungen auf die Sicherheitslage haben wird“, begründete Bernstein seine Forderung. In die gleiche Kerbe schlug Dr. Ekkehard Klug. Die Überbeanspruchung der Landespolizei fordere nun eine Umkehr. Die Stellenabbaupläne bei der Polizei müssten unverzüglich ad acta gelegt werden. Zum kommenden Jahr brauche Schleswig-Holstein einen dreistelligen Zuwachs bei den Ausbildungsstellen. „Die Devise muss lauten: ‚Heute mehr ausbilden, damit wir in drei Jahren mehr Polizeikräfte zur Verfügung haben‘“, sagte der FDP-Abgeordnete.

Er halte es für sinnvoll, in Neumünster – also in zentraler Lage – in drei Jahren mindestens eine, am besten zwei neue Einsatzhundertschaften aufzubauen, ergänzte Klug. „Die um sich greifende Tendenz vieler Bundesländer, bei Einsätzen in ande-

ren Ländern Zurückhaltung zu üben, bedeutet für uns, dass wir schwerwiegende Problemlagen künftig aus eigener Kraft bewältigen müssen. Dafür braucht Schleswig-Holstein eine schlagkräftige Polizeitruppe, die rasch landesweit einsetzbar ist“, erklärte der Freidemokrat.

Simone Lange, die Polizeipolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, dagegen zeigte sich aus Sicht der Landesregierung zufrieden. „Wir begrüßen die Entscheidung, der Einrichtung einer besonderen Aufbauorganisation (BAO) innerhalb der Landespolizei, um die vielen Aufgaben, die durch den Anstieg der Flüchtlingszahlen entstehen, zu bewältigen. Dass diese neuen Aufgaben zusätzliches Personal erfordern, haben wir durch unseren Landtagsbeschluss im Juni bereits deutlich gemacht und eingefordert“, sagte die SPD-Politikerin. Die Landesregierung habe deshalb bereits zum 1. 8. 2015 mehr Auszubildende eingestellt als vorgesehen. Mit ihrem großartigen Engagement leisteten die Polizeibeamtinnen und -beamten einen unverzichtbaren Beitrag zu der in Schleswig-Holstein gelebten Willkommenskultur. Nun müsse es das Ziel sein, die Polizeibeamtinnen und -beamten möglichst von Verwaltungsaufgaben zu entlasten. „Aber auch das wurde seitens des Ministeriums zugesagt“, stellte Lange klar.

Thomas Gründemann

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss der
Ausgabe 11/2015:
Freitag, 2. Oktober 2015



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Schleswig-Holstein

Geschäftsstelle:
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (04 31) 1 70 91
Telefax (04 31) 1 70 92

Redaktion:
Verantwortlicher Redakteur:
Thomas Gründemann
Geschäftsführender Landesvorstand
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (04 31) 1 70 91
E-Mail: gdp-schleswig-holstein@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 37
vom 1. Januar 2015
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge
stellen nicht in jedem Fall die Meinung
der Redaktion dar.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6497

Urlaubsanspruch nach dem Tod

– Auszahlung bleibt zunächst beitragsfrei –

Im vergangenen Jahr hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) ein viel beachtetes Urteil gefällt. Danach verfallen die Urlaubsansprüche von Arbeitnehmern nach deren Tod nicht, sondern können übertragen oder vererbt werden. Die EuGH-Richter stellten klar, dass nationale Gesetze, wonach der Urlaubsanspruch verfällt, nicht mit Europäischem Recht vereinbar seien. Auch wer wegen einer schweren Krankheit gar keinen Urlaub nehmen könne, habe bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses ein Recht auf eine Vergütung. Die gesetzlichen Krankenkassen vertreten daraufhin die Auffassung, dass diese Urlaubsabgeltungen dem Beschäftigungsverhältnis zugeordnet werden müssen und somit der Beitragspflicht unterlägen. Doch da das Bundesarbeitsgericht das EuGH-Urteil bislang nicht bestätigt hat, bleibt es zunächst bei der bisherigen Beurteilung. Diese sieht keine Beitragspflicht vor.

oder vererbt werden. Die EuGH-Richter stellten klar, dass nationale Gesetze, wonach der Urlaubsanspruch verfällt, nicht mit Europäischem Recht vereinbar seien. Auch wer wegen einer schweren Krankheit gar keinen Urlaub nehmen könne, habe bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses ein Recht auf eine Vergütung. Die gesetzlichen Krankenkassen vertreten daraufhin die Auffassung, dass diese Urlaubsabgeltungen dem Beschäftigungsverhältnis zugeordnet werden müssen und somit der Beitragspflicht unterlägen. Doch da das Bundesarbeitsgericht das EuGH-Urteil bislang nicht bestätigt hat, bleibt es zunächst bei der bisherigen Beurteilung. Diese sieht keine Beitragspflicht vor.

Quelle: NAHDRAN 2/2015



PERSONALIE

Schlimbach geht – Tobies kommt

Wechsel in der Funktion des Persönlichen Referenten des Innenministers

Kiel/tgr - Silke Tobies heißt die neue Persönliche Referentin von Innenminister Stefan Studt. Die 43-Jährige tritt offiziell ab 1. Oktober die Nachfolge von Kai Schlimbach an. Ein Novum: Die Polizeirätin ist die erste Frau in dieser Funktion an der Seite eines Innenministers.

Mit großem Respekt vor der neuen Aufgabe hat Tobies ihr Amt angetreten. „Ich freue mich aber darüber, dass man mich gefragt hat, diese Funktion zu übernehmen“, so Silke Tobies. Sie könne hier ihren persönlichen und dienstlichen Horizont auf neue Art erweitern und werde nicht nur die polizeitypischen Themen bewegen. „Nach 26 Jahren Tätigkeit im Polizeidienst ermöglicht mir diese Funktion einen veränderten Blick auf die Landespolizei – nämlich aus der politischen Perspektive und im Gesamtzusammenhang mit anderen Teilen der Verwaltung“, ergänzt sie. In erster Linie freue sie sich über eine vielfältige und interessante Aufgabe, insbesondere wenn sie daran denke, dass im nächsten Jahr der Wahlkampf bevorste-

he. Und was erwartet sich Tobies von dieser neuen Aufgabe?

Viele Themen aus dem Bereich der Polizei, der Feuerwehr und des Katastrophenschutzes seien ihr in ihren vorherigen Funktionen bereits begegnet. Gerade die aktuelle Flüchtlingsthematik und die damit verbundenen Herausforderungen zeigten, wie wichtig das vernetzte Denken und Handeln sei. „Polizei spielt dabei eine Rolle, aber gerade das Zusammenwirken mit anderen Bereichen der Verwaltung finde ich interessant. Vielleicht ergeben sich dadurch auch neue Aspekte, die ich später wieder in die Landespolizei mitnehmen kann“, meint die Kielerin. Ihre Dienst Erfahrung innerhalb der Landespolizei, ihre Kontakte sowie Erfahrungen im Bereich „Presse- und Öffentlichkeitsarbeit“ würden für die Beratungsfunktion des Ministers sicherlich hilfreich sein.

Silke Tobies startete 1989 als Polizistin im mittleren Dienst, stieg 2003 in den gehobenen und 2012 in den höheren Polizeivollzugsdienst auf. Zuletzt war



Innenminister Studt mit Silke Tobies

Foto: Thomas Gründemann

sie als Leiterin des Leitungsstabes 4 im LPA für die Öffentlichkeitsarbeit der Landespolizei verantwortlich. Kai Schlimbach, der von 2012 bis 2014 als Persönlicher Referent vom damaligen Innenminister Andreas Breitner und danach von Stefan Studt fungierte, wechselte ins Landespolizeiamt.

Anzeige

Malta - Mediterranes Highlight

ab € 649

10. bis 17. April und 17. bis 24. April 2016

Das leuchtende Blau des südlichen Mittelmeeres ist beinahe überall auf der Insel zu sehen. Malta begeistert mit seinem Klima, seiner Geschichte und seiner Gastfreundschaft. Malta: Drehscheibe zwischen Orient und Okzident. Merhba – herzlich willkommen!

Ihr Hotel:

Solana**** (Landeskategorie)

Preise pro Person:

Im Standard DZ (mit Talblick)	649,- €
EZ-Zuschlag	145,- €
Ausflugs paket (Tag 2,3,5 und 7)	149,- €
Ganztagesausflug Gozo	45,- €
Halbtagesausflug „Maltesischer Wein“	35,- €

Reiseverlauf:

- 1. Tag** Anreise nach Malta
- 2. Tag** (optional) Ausflugs paket: Valletta – Zeugnisse des Rittertums
- 3. Tag** (optional) Ausflugs paket: Insel erkundung – Mosta, Mdina und Rabat
- 4. Tag** (optional) Ausflug nach Gozo
- 5. Tag** (optional) Ausflugs paket: Maltas Süden
- 6. Tag** (optional) Maltesischer Wein/ Weinverkostung
- 7. Tag** (optional) Ausflugs paket Birgu und Grand Harbour
- 8. Tag** Heimreise



Weitere Informationen und Anmeldungen

PSW-Reisen Kiel

Max-Giese-Straße 22 · 24116 Kiel
 Telefon 0431 / 17093
 Telefax 0431 / 17092
 psw-reisen.kiel@t-online.de

PSW-Reisen Lübeck

Hans-Böckler-Straße 2 · 23560 Lübeck
 Telefon 0451 / 5021736
 Telefax 0451 / 5021758
 psw-reisen.luebeck@t-online.de

www.psw-tours.de

Foto: Gebeco • Veranstalter: Gebeco GmbH & Co. KG • Es gelten die Gebeco Reisebedingungen und Hinweise.
 Hinweis: Es gelten Reisebedingungen und Hinweise der Gebeco GmbH & Co. KG, Holzkoopelweg 19, 24118 Kiel. Mindestteilnehmerzahl Grundprogramm 30 Personen.
 Reiseverlauf gilt vorbehaltlich Verfügbarkeit, Flugplan-, Hotel- und Programmänderungen bleiben ausdrücklich vorbehalten.



FLÜCHTLINGSPROBLEMATIK

Polizei und Flüchtlinge – Eine neue Aufgabe fordert!

GdP und Personalräte der Polizei informierten sich in der Erstaufnahmeeinrichtung in Neumünster

Neumünster/Kiel – Die Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge und Asylbewerber in Neumünster war Ende August Ziel eines Besuchs von Kollegen der Landes-GdP, der Örtlichen Personalräte aus Neumünster und Kiel sowie des Hauptpersonalrates der Polizei. Hintergrund: Einrichtung einer Landesunterkunft für Flüchtlinge.

Die Gruppe der GdP- und Personalratsvertreter hatte sich für den Besuch entschieden, um sich unmittelbar vor Ort über die Situation zu informieren und die Erfahrungen der Kollegen mit nach Kiel zu nehmen. In der Erstaufnahmeeinrichtung schilderten die polizeilich Verantwortlichen die Lage und stellten ihre Erfahrungen der täglichen Arbeit dar:

Die Einrichtung ist an unserem Besuchstag deutlich überbelegt. Sämtliche Gebäude sind belegt. Räume für Freizeitbeschäftigung gibt es nicht mehr. Es muss auf so genannten Feldbetten, auf Böden ausgelegten Matratzen oder einfach auf anderen Unterlagen geschlafen werden. Menschen haben oftmals keine Intimsphäre, müssen auf Fluren und Dachböden „hausen“. Und täglich erreichen neue Flüchtlinge Neumünster und müssen irgendwie untergebracht werden. Am Besuchstag stand kein einziger Schlafplatz mehr zur Verfügung! Diese Situation bereitet Stress für alle Seiten, der auch zu Auseinandersetzungen führt. Die Zusammensetzung der Flüchtlinge ist zudem vielschichtig. Sie kommen aus Syrien, Afghanistan, Eritrea, Armenien, dem Irak, dem Iran und vielen anderen Ländern. Auffällig ist eine hohe Anzahl von Menschen auch aus dem Kosovo und aus Albanien. Die Asylbewerber müssen in den Erstaufnahmeeinrichtungen so lange verweilen, bis ihre Identität erfasst ist und die behördlichen Formalitäten von Mitarbeitern des Bundes- und Landesamtes für Ausländerangelegenheiten erledigt sind. Eine gründliche ärztliche Untersuchung ist zudem Pflicht. Die Polizeistärke vor Ort ist dem aktuellen Aufkommen nicht mehr angemessen. Eine Entlastung durch zusätzli-

ches Personal ist erforderlich. Zudem ereignen sich außerhalb der normalen Stationsdienstzeiten Konflikte, die dann von dem normalen Streifendienst wahrzunehmen sind und diese Kräfte binden. Gerade in den letzten Tagen vor unserem Besuch gab es häufiger polizeiliche Einsätze. Eine klare Auswirkung auf den „normalen“ Streifendienst. Inzwischen erfolgt eine Unterstützung durch die Bereitschaftspolizei. Diese Kräfte stehen dann für andere Anlässe natürlich



Gemeinsame Begehung: Ulrich Bahr, Jörg Böttcher, Ludger Mers, Björn Hillmann, Andreas Kropius, Matthias Wetzig. Es fehlt: Karl-Hermann Bruhn.



Auch die Flure werden zur Übernachtung genutzt.

nicht wie gewohnt zur Verfügung. Streitereien und Konfliktsituationen unter den Flüchtlingen und andere Einsatzanlässe sind der Grund für die polizeiliche Verstärkung vor Ort. Wenn es zu Einsätzen kommt, ist es durch die Sprachschwierigkeiten für die eingesetzten Polizeibeamten oft

schwer, die Geschehnisse verbindlich aufklären zu können und einen Überblick über die Lage zu erhalten. Es ist daher dringend erforderlich, rund um die Uhr schnell und zuverlässig Dolmetscher (Sprachvermittler) heranzuziehen zu können, um Sprachbarrieren zu überwinden, damit Sachverhalte schnell aufgeklärt und beurteilt werden können. Auch das führt zu einer schnellen und besseren Lagebewältigung. Die GdP-Besucher bemerkten, dass offenbar nicht alle Bereiche des Unterkunftsgeländes ausgeleuchtet werden können. Hier sahen sie eine mögliche Gefährdung für die Einsatzkräfte. Ihrer Ansicht nach sollte die Beleuchtung des Geländes überprüft und verbessert werden. Auch die hohe Anzahl von mit Essen zu versorgenden Flüchtlingen ist nicht einfach für das Küchenpersonal und so kommt es zu langen Schlangen vor der Kantine mit entsprechenden Wartezeiten. Bis jeder etwas zu essen bekommt, kann es schon einmal ein paar Stunden dauern; bei den Wartenden entsteht die Angst, nichts mehr zu bekommen. Eine Mitarbeiterin des DRK lobte indes die sehr gute Zusammenarbeit mit der Polizei in der Unterkunft und hob hervor, dass es sehr wichtig sei, die Polizei vor Ort zu haben. So würden auch die anderen Institutionen davon profitieren



FLÜCHTLINGSPROBLEMATIK

und ihre schwierigen Aufgaben besser erfüllen können. Die Vernetzung und Unterstützung sowie der Austausch mit Informationen untereinander wurde als sehr positiv, aber auch als notwendig bezeichnet. Ein Kollege ergänzte im Gespräch, die dort aufhältigen Asylbewerber hätten Vertrauen zur Polizei und würde sich nach seiner Einschätzung eine Konfliktsituation ergeben, würden sie sich auch vor die auf dem Gelände streifenden Beamten stellen. Wir nehmen aus den Gesprächen mit, dass es keine Vermischung der Aufgaben zwischen Security und Polizei geben darf. Die Arbeitssituation der Polizei vor Ort sieht so aus, dass durch die Präsenz in der Einrichtung die Ordnung und Ruhe gewährleistet werden kann. Die Situation ist durch die Überbelegung der Einrichtung für Kolleginnen und Kollegen jedoch äußerst grenzwertig und es wird zunehmend schwerer. Zurzeit sind schriftliche Arbeiten kaum noch möglich, weil zu viele Flüchtlinge dort sind und die ständige Präsenz in der Einrichtung gegeben sein muss. Für jeden volljährigen Neuankömmling muss nach der Gesetzeslage (und dem Legalitätsprinzip) ein Strafverfahren nach dem Asylverfahrensgesetz eingeleitet werden. In der Diskussion um Lösungsansätze sollten Möglichkeiten geprüft werden, ob diese schriftlichen Arbeiten nicht auch von Tarifpersonal oder vorübergehend vom Außendienst befreiten Kolleginnen und Kollegen auch an anderer Stelle erledigt werden könnten.

Was fehlt?

Öfter einmal die Nachfrage, nicht nur wie es den Flüchtlingen geht, sondern auch, wie es dem Personal geht, die für die Flüchtlinge eingesetzt sind, in dieser Situation.

Die zeitnahe Umsetzung von Hinweisen der Kolleginnen und Kollegen, die dort zur Verbesserung der Bedingungen für alle Seiten arbeiten. In dieser Zeit muss es möglich sein, bisher langwierige, komplizierte und zeitaufwendige Verfahren „schlanker“ zu bearbeiten und flexibel Entscheidungen zu treffen, um die Situation vor Ort für alle schnell zu verbessern.

Die schnellstmögliche Öffnung weiterer Erstaufnahmeeinrichtungen scheint dringend geboten. Die kalte

Jahreszeit beginnt in wenigen Monaten. Auf dem Gelände sind scheinbar fertig errichtete Gebäude zu sehen, die allerdings nicht genutzt werden. Die Gründe dazu sind uns nicht bekannt.

Weiter muss mit der wachsenden Anzahl der Flüchtlinge zeitgleich in den Erstaufnahmeeinrichtungen auch mehr polizeiliches Personal eingesetzt werden und schnell reagiert werden können. Polizisten können aber nicht wie z. B. Wohncontainer bestellt werden. Sie müssen also aus dem Bestand der Landespolizei S-H genommen werden.

Die Folge

Organisationseinheiten sind teils nicht mehr voll besetzt. Streifenwagen werden abgezogen. Die reguläre Arbeit bleibt liegen, Schwerpunkte sind anders zu setzen. Etwas bleibt auf der Strecke. Aber das Alltagsgeschäft nimmt darauf leider keine Rücksicht. Allein die PD Kiel registriert im ersten Halbjahr 2015 jetzt bereits über 52 000 Einsatzstunden nur für Einsätze wie Demonstrationen, Fußballveranstaltungen und vieles mehr. Im Juni war der bisher höchste Überstunden-Halbjahresstand mit 66 000 erreicht. Alle polizeilichen Aufgaben, die im Zusammenhang mit den Aufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge stehen, sind zusätzliche Aufgaben, für die zusätzliches Personal erforderlich ist. Die Willkommenskultur ist das eine, die notwendige polizeiliche Arbeit, die entsteht und die zu leisten ist, ist das andere. Oftmals offenbar übersehen. Wie viel Polizeibeamte insgesamt noch benötigt werden, kann heute nicht abschließend gesagt werden. Dass sie aber gebraucht werden, ist deutlich erkennbar. Die GdP in Schleswig-Holstein hatte immer wieder gefordert, dass neben der Bereitschaftspolizei in Eutin wieder eine zweite Einsatzhundertschaft (am Standort Kiel) eingerichtet wird, um größere Einsatzlagen in Schleswig-Holstein bewältigen zu können. Die politische Entscheidung ging damals in eine andere Richtung. Jetzt hätte gerade für solche Einsatzlagen eine zweite Einsatzhundertschaft das notwendige Personal stellen können. Und auch auf die Kriminalität, die gegebenenfalls im Umfeld von den Aufnahmeeinrichtungen aufwachsen

könnte, muss sich die Polizei kümmern und personell gerüstet sein. Es darf nicht die Situation eintreten, dass wir insgesamt dem jetzigen Zuzug der Flüchtlinge hinterherlaufen, wie bereits in anderen Ländern (siehe die aktuelle Medienberichterstattung). Die Polizei muss vor die Lage kommen. Wenn ausreichend Personal vor Ort eingesetzt wird, die Koordinierung der Aufgaben aus einer Hand, mit der nötigen Transparenz und Information untereinander durchgeführt wird, es schlanke Bearbeitungszeiten und flexible Verwaltungswege gibt und von allen Beteiligten die nötige Zusammenarbeit gepflegt wird, könnte die Mammutaufgabe gelingen. Vorausgesetzt natürlich auch, dass die Rahmenbedingungen dafür erfüllt werden. Positiv wurde aufgenommen, dass sich der Ministerpräsident Albig und auch der Innenminister Studt direkt vor Ort informiert haben.

Das reicht aber nicht!

Die personelle Hinterlegung und Stärke in der Landespolizei Schleswig-Holstein wird von der Landesregierung entschieden. Es ist aus unserer Sicht an der Zeit, jetzt mit weiteren Einstellungen in die Landespolizei durch die zusätzlichen Aufgaben zu reagieren, auch wenn die ersten ausgebildeten Polizeibeamten erst in drei Jahren unsere Kolleginnen und Kollegen entlasten können. Wir werden uns weiter einsetzen für eine angemessene Arbeitssituation für die dort eingesetzten Kolleginnen und Kollegen, die einhergeht mit einer menschengerechten und würdevollen Unterbringung der Flüchtlinge.

Eure GdP Kiel-Plön

1
2
3
4 15 mm
5
6
7
8
9 33 mm
10
11
12
13
14 51 mm
15
16
17
18
19 69 mm
20
21
22
23
24 88 mm
25
26
27
28
29 106 mm
30
31
32
33
34 124 mm
35
36
37
38
39 142 mm
40
41
42
43
44 160 mm
45
46
47
48
49 179 mm
50
51
52
53
54 197 mm
55
56
57
58
59 215 mm
60
61
62
63
64 233 mm
65
66
67
68
69 251 mm

Erneut ein seniorenpolitischer Volltreffer der GdP

Themen des neuen Erbrechts, des Verbraucherschutzes und der Entwicklung der Landespolizei bildeten Schwerpunkte des diesjährigen GdP-Seniorenseminars



Die Teilnehmer des Seniorenseminars

Bad Malente – Vom 24. bis 26. August 2015 fand das diesjährige GdP-Seniorenseminar abermals in der Gustav-Heinemann-Bildungsstätte in Bad Malente statt. Wie immer gab es ein breit gefächertes Themenangebot.

Unser GdP-Landesvorsitzender Manfred Börner ließ es sich selbstverständlich nicht nehmen, den ersten Vormittag mit „seinen Senioren“ zu verbringen. Mit dem aus dem Geschäftsführenden GdP-Landesvorstand für Senioren zuständigen Frank Poster berichtete er über die aktuelle Gewerkschaftsarbeit. Manfred machte keinen Hehl aus seinem Unverständnis, dass die Landesregierung an der Absicht der Stelleneinsparung bei der Polizei festhält, obwohl die „Auftragsbücher der Polizei mehr als voll sind“ und immer mehr Aufgaben auf sie zukommt.

Hervorzuheben waren außerdem die erfolgreiche Tarifrunde in Verbindung mit der Übertragung der Ergebnisse auf den Beamten- und Versorgungsbereich. Noch vor einem Jahr hatte der Landes-seniorenvorsitzende Frank Poster der GdP genau dieses Ergebnis ins Auftragsbuch geschrieben. Wenn auch noch sehr verbesserungswürdig, so stellte Manfred heraus, dass die Initiativen der GdP in Sachen Beihilfearbeitungszeiten im Finanzausschuss des Landtages und im Finanzverwaltungsamt nachhaltig angekommen waren.

Im Vorweg hatte der Landesseniorenvorstand weitere Themen für das Seminar erarbeitet. Der Deutsche Sparkassen- und Giroverband vermittelte Herrn

Rechtsanwalt Thomas Menzel aus Bad Malente – ein Glücksgriff. Rechtsanwalt Menzel referierte unter der Überschrift „Erben und Vererben“ vor dem Hintergrund der seit dem 17. August 2015 geltenden Europäischen Erbrechtsverordnung derart kompetent und detailliert, dass keine Frage offenblieb.

Zu einem weiteren Referat war der Antikorruptionsbeauftragte des Landes Schleswig-Holstein, der LKA-Direktor a. D. Hans-Werner Rogge, unser Gast. Hans-Werner Rogge hatte am 1. August 2014 in dieser Funktion unseren Kollegen und ehemaligen Landespolizeidirektor Wolfgang Pistol beerbt. Ein absolut interessantes und spannendes Thema. Ein gutes Signal, dass sich unsere „obersten Polizeiführer“ im Ruhestand für dieses Ehrenamt zur Verfügung stellen.

Bei Sonnenschein begann dann der zweite Seminartag. Die Geschichte Schleswig-Holsteins zwischen dem Deutschen Reich und Dänemark, in der Folge auch die Rolle des Nationalsozialismus in der Zeit, die Erhebung in 1848 und die Entwicklung zwischen Deutschland und Dänemark bis heute waren dann in einem fesselnden Referat dem Leiter der Gustav-Heinemann-Bildungsstätte, Herrn Dr. Hauke Petersen, vorbehalten. Das Schleswig-Holstein-Lied bekam dank Dr. Petersen eine ganz neue Bedeutung. Mit einem weiteren interessanten Thema war Herr Rechtsanwalt Thomas Menzel abermals unser Gast. „Verbraucherschutz“ hatten wir es einfach überschrieben. Dazu gehören u. a. das Wettbewerbs-, Gewährleistungs-,

sowie das Bürgerliche Recht. Verständlich wurde, dass die Materie insbesondere durch geltendes EU-Recht sehr kompliziert geworden ist. Rücksenderechte und Widerrufsrechte wurden für die meisten Seminarteilnehmer deutlicher. Das Verbraucherkreditrecht ist zu-

mindest seitdem ein Thema, dem man sich im Fall der Betroffenheit unbedingt nähern muss.

Wer interessiert und neugierig auf diese oder ähnliche Themen ist, sollte sich unbedingt für die Teilnahme am Seniorenseminar 2016 bewerben, sobald es ausgeschrieben ist. Es findet voraussichtlich vom 8. bis 10. August 2016 statt.

Das Bildungsangebot der GdP bleibt ein wichtiges Element der Mitgliederbetreuung, Dazu gehört auch das lebenslange Lernen – also auch für die GdP-Seniorinnen und -senioren.

Zu den umfassenden Seminarinhalten gehört auch ein externer, landeskundlicher Seminarteil: Am Nachmittag des zweiten Tages stand eine Bootsfahrt auf dem Kellersee auf dem Programm; das Wetter hätte ein wenig besser sein können. Dennoch war die Fahrt ein kleiner Höhepunkt.

Der herrliche Tag klang dann als Grillabend harmonisch aus. Dazu war der gut bekannte Werner Japp mit „Pütt un Pann“ aus der Eutiner Polizeikantine angereist.

Der Landesgeschäftsführer der GdP Kalle Rehr war wiederum am letzten Tag unser Gast. Ihn muss man wirklich nicht vorstellen. Kalle rundete das Seminar aus GdP-Sicht ab, berichtete aber auch als Geschäftsführer des Sozialwerks der GdP über dessen Vorzüge. Insbesondere beschrieben Kalle und Frank Poster die neuntägige Senioren-

Fortsetzung auf Seite 7



GdP Seniorenreise 2016

ab 1299€ Rom und Golf von Neapel
9-tägige Reise vom 13. bis 21. Mai 2016 Anmeldeschluss: 14. September 2015

Leistungen, die überzeugen:

- Zug-zum-Flug (2. Klasse)
- Flüge von Hamburg und Hannover (jeweils mit einem Umstieg) nach Rom und zurück, von Neapel in der Economy Class, 23 kg Freigepäck
- Luftverkehrssteuer, Flugsicherheitsgebühren und Steuern
- Flughafenstransfer Rom – Hotel
- Jeweils 1 x innerrömischer Transfer am Morgen der Reisetage 2 und 3
- Busfahrt von Rom über Neapel nach Massa Lubrense
- Ausflüge / Besichtigungen in landestypischen Reisebussen mit Klimaanlage gemäß Reiseverlauf
- 3 x Hotelübernachtungen in einem 4-Sterne-Hotel der Landeskategorie in Rom in Zimmern mit Bad oder Dusche / WC, 3 x Frühstücksbuffet in Rom
- 5 x Hotelübernachtungen im Hotel Punta Campanella (4-Sterne-Hotel der Landeskategorie) in Standardzimmern zur Landseite ohne Balkon mit Bad oder Dusche / WC
- 5 x Frühstücksbuffet und 5 x Abendessen im Hotel (ohne Getränke)
- Sorrent mit sorrentinischer Halbinsel und 1 x Mittagssimbiss auf einem Landgut
- Ausführliche Stadtspaziergänge in Rom incl. Eintritt für das Kolosseum und Forum Romanum
- Beeindruckende Ruinenstadt Pompeji (incl. Eintritt) und Vesuv
- Bezaubernde Amalfitana mit Amalfi (inkl. Eintritt Dom) und Ravello (inkl. Eintritt für die Gärten der Villa Rufolo)
- Tagesausflug nach Capri
- Deutsch sprechende Reiseleitung und GdP Reisebegleitung
- Umfangreiche Gebeco-Reiseinformationen und ausgewählte Reiseliteratur

Ihr Hotel in Rom: 3 Nächte im Hotel Presidente. **Ihr Hotel am Golf von Neapel:** 5 Nächte im Hotel Punta Campanella / Massa Lubrense. Beide Hotels ***-Sterne Landeskategorie. Auf dieser Reise fällt vor Ort eine Bettensteuer an, die direkt von dem Hotel erhoben wird: Hotel Presidente 6,- € pro Nacht, Hotel Campanella 1,50 € pro Nacht.

Reiseverlauf:
1. Tag: Flug von Hamburg (mit Umstieg) nach Rom • **2. Tag:** Rom und seine Monumente: Petersdom, Piazza Navona, Pantheon • **3. Tag:** Antikes Rom: Kapitol, Forum Romanum, Kolosseum • **4. Tag:** Rom – Neapel – Golf von Sorrent • **5. Tag:** Sorrent: Perle am Golf • **6. Tag:** Tagesausflug nach Capri • **7. Tag:** Bezauberndes Amalfitana • **8. Tag:** Pompeji und der Vesuv. • **9. Tag:** Abschied von Bella Italia.

Preis pro Person im Doppelzimmer	1.299 Euro
Einzelzimmerzuschlag	360 Euro
DZ mit Meerblick und Balkon Hotel Punta Campanella	Zuschlag 39 Euro

Fotorechte: Gebeco.

Weitere Informationen und Anmeldungen

GdP-Seniorengruppe Schleswig-Holstein
c/o PSW-Reisen
Hans-Böckler-Straße 2
23560 Lübeck
Telefon 0451 / 5021736
Telefax 0451 / 5021758
psw-reisen.luebeck@t-online.de

www.psw-tours.de

Flugplan-, Hotel- und Programmänderungen bleiben ausdrücklich vorbehalten. Mindestteilnehmerzahl: 30.

Es gelten die Allgemeinen Reisebedingungen und Hinweise der Gebeco GmbH & Co. KG, Holzkoppelweg 19, 24118 Kiel, die Sie auch auf der Internetseite www.gebeco.de finden.

Fortsetzung von Seite 6

reise 2016 nach Italien. Vom 13. bis 22. Mai 2016 heißt es „Rom und Golf von Neapel ...“ Zum achten Mal unternehmen GdP-Senioren aus Niedersachsen und Schleswig-Holstein, bisher mit großem Erfolg, eine Erlebnisreise. Dann kam er: Der Leiter der Polizeiabteilung,

Ministerialdirigent und Kollege Jörg Muhlack. Ein Wunschreferent seit einigen Jahren. Die Polizei kennen GdP-Senioren fast nur noch aus „Gewerkschaftssicht“. Deshalb wollten wir gern einmal die Entwicklung der Landespolizei aus Sicht der Landesverwaltung erfahren. Der Stolz über eine funktionierende Landespolizei war bei Muhlack

nicht zu überhören. Auch die neuen Aufgaben in der Flüchtlingspolitik thematisierte er. Ein wirklich aufschlussreicher Blick von „A bis Z“ auf unsere Polizei. Abschließend kann durchweg wieder ein dickes Lob an die vielen fleißigen Hände und an die Verwaltung der Gustav-Heinemann-Bildungsstätte gerichtet werden.

Frank Poster



Und was sonst noch so war ...

25. August

„Begegnungsforum“ an der Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung (FHVD) in Altenholz. Die Gelegenheit für verschiedene Organisationen, sich den Studienanfängerinnen und Studienanfängern zu präsentieren. Die GdP ist mit Manfred Börner, Uwe Weßler, Nina Tiesch, Sven Rosenburg, Jan Schmidt, Axel Dunst, Swantje Stieh und Nicole Jelinsky vertreten. Zu Beginn wird der neue GdP-Imagefilm gezeigt und erhält gute Kritiken. Die gut viereinhalb Minuten sind eine gute Visitenkarte des GdP-Landesbezirks. Am Stand der GdP werden viele Fragen gestellt und beantwortet. Allein an diesem Tag gibt es über 50 Eintritte.

27. August

Neue Sätze bei den Erschwerniszu-lagen (DuZ). Der Stundensatz steigt von 3,15 € auf 3,21 €.

Mehrarbeitsvergütung bis A 8 von 13,72 € auf 13,98 €, A 9 bis A 12 von 18,83 € auf 19,19 € und A 13 bis A 16 von 25,95 € auf 26,44 €. Zum 1. Januar ist eine abermalige Erhöhung vorgesehen – so der Gesetzentwurf zum Landshaushalt 2016. Dann werden 3,50 € pro Stunde gezahlt.

28. August

Akute Pflege erfordert eine schnelle Organisation für den Pflegenden, aber auch für die berufstätigen Angehörigen, um die notwen-

digen Organisationsschritte einzuleiten. Ab dem 1. Januar 2015 wird mit dem Gesetz zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf – das entsprechende Änderungen im Pflegezeitgesetz (PflegeZG) und dem Familienpflegezeitgesetz (FPfZG) vorsieht – eine verbesserte rechtliche und finanzielle Absicherung von diesen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bzw. Beschäftigten erreicht. Heute kommt eine neue Broschüre mit dem Paketdienst. Sie ist als Handreichung für die Tarifbeschäftigten im Öffentlichen Dienst gedacht. GdP-Mitglieder können sie kostenlos bei der GdP-Geschäftsstelle, E-Mail: Dorith.Schulz@gdp.de, abrufen.

2. September

Thomas Giebeler ist weg. Seinen eigenen „Abgang“ musste er aber nicht mehr in einer Pressemitteilung schreiben. Der langjährige Pressesprecher der Innenminister Bull, Wienholtz, Buß, Stegner, Hay, Schlie, Breitner und einige Monate auch Studt bat um eine andere Verwendung im Haus. Im Pressekorps wurde seine Demission bedauert. Giebeler war dienstältester Ministeriumssprecher. Der studierte Politikwissenschaftler kam von einem Lokalblatt im Westfälischen an die Förde. Giebeler war Presse-mann alter Schule, galt als intelligent und geistreich, sehr belesen und klug. Andreas Breitner attestierte ihm politische Erfahrung und völlige Uneitelkeit. Er sei, so Breitner, ein politisches und menschliches



Thomas Giebeler

Foto: Ulf Dahl, KN

Schweregewicht. „Mit ihm verbindet mich eine freundschaftliche Kollegialität. Nach 25 Jahren Zusammenarbeit fanden wir dann zum kollegialen ‚du‘.“

31. August

„Traumberufe“ war das Thema an einer Grundschule im Kreis Segeberg. Neben Feuerwehrmann, Pferdewirtin und Tierarzt war natürlich der Polizist ganz vorne weg. Die Kinder beschäftigten sich spielerisch und malerisch mit dem, was ein Polizist zu tun hat. Dabei half das Malbuch vom VDP „Strand und Meer“. Jedes Kind bekam ein Exemplar in die Hand und schwärmte, „wie spannend und aufregend es doch bei der Polizei sein muss“.



1
2
3
15 mm 4
5
6
7
8
33 mm 9
10
11
12
13
51 mm 14
15
16
17
18
69 mm 19
20
21
22
23
88 mm 24
25
26
27
28
106 mm 29
30
31
32
33
124 mm 34
35
36
37
38
142 mm 39
40
41
42
160 mm 43
44
45
46
47
48
179 mm 49
50
51
52
53
197 mm 54
55
56
57
58
215 mm 59
60
61
62
63
233 mm 64
65
66
67
68
251 mm 69